ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Krause, Peter; Goebel, Jan; Kroh, Martin; Wagner, Gert G.

Article

20 Jahre Wiedervereinigung: wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Krause, Peter; Goebel, Jan; Kroh, Martin; Wagner, Gert G. (2010) : 20 Jahre Wiedervereinigung: wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 44, pp. 2-12

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/152038

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

20 Jahre Wiedervereinigung: Wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind

Peter Krause
pkrause@diw.de

Jan Goebel
jgoebel@diw.de

Martin Kroh
mkroh@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Ist inzwischen zusammengewachsen, was zusammengehört? Die Prüfung dieser von Willy Brandt im November 1989 formulierten Vision erfordert eine Bilanzierung, die die Verteilung von Einkommen und Arbeitsmarktchancen ebenso in den Blick nimmt wie Haushalts- und Familienformen und die subjektiven Bewertungen dieser Lebensumstände in Form von Zufriedenheiten und Sorgen, Einstellungen und Werten.[1]

Die empirischen Ergebnisse zeigen ein komplexes Bild. In den ersten Jahren nach der Vereinigung waren in vielen Lebensbereichen zunächst schnelle Angleichungsfortschritte zu beobachten. Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat sich dieser Angleichungsprozess indes unterschiedlich entwickelt. Zwar ist die Wohnungsversorgung in Ost und West inzwischen praktisch gleich, dagegen sind die Einkommensdivergenzen zwischen Ost und West zuletzt sogar wieder gestiegen.

Inzwischen sind die ersten nach der Vereinigung geborenen Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eingetreten und die meisten der heute Erwerbstätigen haben den überwiegenden Teil ihrer beruflichen Laufbahn im vereinigten Deutschland verbracht. Entsprechend zeigt bei den jüngeren Altersgruppen die allgemeine Lebenszufriedenheit inzwischen nur noch geringe Ost-West-Differenzen. Trotzdem bleiben Unterschiede weiterhin bestehen – sie sind aber zunehmend Ausdruck vielfältiger regionaler Disparitäten innerhalb des vereinigten Deutschlands, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland.

Unmittelbar nach der Wende im November 1989 gingen viele – nicht nur in der DDR, sondern auch in der alten Bundesrepublik – noch davon aus, dass es sich bei der DDR um die zehntstärkste Volkswirtschaft weltweit handele.[2] Rasch wurde klar, dass dies eine Propagandageschichte der DDR war.[3] Die sozialpolitisch als notwendig erachtete Einführung der D-Mark und die gewählten Umtauschkurse machten dies deutlich. Sie gingen einher mit einer hohen Arbeitslosigkeit und entsprechend hohen Transfers zur Abfederung ihrer Auswirkungen und zum Aufbau einer konkurrenzfähigen Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Heute noch höchst bedeutsam ist die 20 Jahre zurückliegende Entscheidung das westdeutsche Rentensystem „eins zu eins“ in Ostdeutschland einzuführen. Schlagartig stiegen die Renten in den Neuen Bundesländern an, und die Renten-Anwartschaften der mittleren Jahrgänge wurden entsprechend der westlichen Rentenlogik stark aufgewertet.

Sieht man von der damaligen Rentnergeneration ab, die materiell voll vom westdeutschen Umlagesystem der gesetzlichen Rente profitierte, gehörten alle anderen DDR-Bürger zu denen, die den Bankrott der DDR-Misswirtschaft durch offene oder verdeckte Arbeitslosigkeit und einen jahrzehntelangen Einkommensrückstand gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt tragen mussten. Die sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung beleuchtet dieser Bericht.

1 Der soeben erschienene Sammelband „Leben in Ost- und Westdeutschland“ (herausgegeben von Peter Krause und Ilona Ostner bei Campus) vermittelt eine solche umfassende sozialwissenschaftliche Bilanz. In diesem Wochenbericht werden dazu ausgewählte Aspekte ausgeführt.

2 Wagner, G. G. : Die verschwiegene Revolution der Volkswirtschaft in den Neuen Bundesländern. In: Gröschner, R., Reinhardt, W. (Hrsg.): Tage der Revolution – Tage der Feste. Tübingen, 2010.

3 Brenke, K., Zimmermann, K. F. (Hrsg.): Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 2/2010.

Tabelle 1

Bevölkerung und Haushaltstypen

	West		Ost	
	1990 bis 1994	2005 bis 2009	1990 bis 1994	2005 bis 2009
Bevölkerungsanteil (in Prozent)				
Kinder unter 18 Jahren	17,4	16,8	19,4	13,1
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	5,2	22,7	3,0	4,2
Nach Haushaltstypen:				
Single-Haushalt bis 54 Jahre	6,7	8,7	4,1	10,3
Paar-Haushalt bis 54 Jahre	10,8	9,3	9,5	9,5
Eltern-Haushalt mit 1 bis 2 Kindern	30,6	29,5	38,8	24,3
Eltern-Haushalt mit 3 und mehr Kindern	7,3	5,4	4,6	3,2
Alleinerzieher-Haushalt mit 1 und mehr Kindern	3,5	5,1	4,4	5,6
Paar-Haushalt ab 55 Jahre	13,6	18,6	15,1	22,1
Single-Hausghalt ab 55 Jahre	9,6	10,1	8,0	10,3
Haushalte mit Kindern ab18 Jahre, Sonstige	17,8	13,2	15,7	14,8
	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Die Geburtenrate ist in Ostdeutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung dramatisch gesunken. Die Haushalts- und Familienformen gleichen sich an.

Haushaltsformen in Ost und West nähern sich an

Ende 1990 lebten in Deutschland nach der amtlichen Statistik 79,7 Millionen Menschen – 61,6 Millionen in West- und 18,2 Millionen in Ostdeutschland (inkl. Berlin).[4] Die Bevölkerungszahl ist bis 2009 insgesamt auf 81,8 Millionen Personen gestiegen – die westdeutsche Bevölkerung ist in diesem Zeitraum weiter angewachsen (2009: 65,4 Millionen), die ostdeutsche ist hingegen gesunken (2009: 16,4 Millionen).Das Anwachsen der westdeutschen Bevölkerung geht einher mit einem stark steigenden Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund[5] (von 5 Prozent auf fast 23 Prozent) (Tabelle 1). In Ostdeutschland hat sich der ohnehin geringe Bevölkerungsanteil an Migranten im selben Zeitraum nur marginal erhöht. Der Rückgang der ostdeutschen Bevölkerung ist verbunden mit einer Reduktion der Geburtenzahl; aber auch die innerdeutsche Wanderungsbilanz wirkt sich negativ auf die ostdeutsche Bevölkerungsentwicklung aus.[6]

Die gegenläufigen Bevölkerungsentwicklungen in Ost und West gehen einher mit einer Veränderung der Form des Zusammenlebens.[7]

- Bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen hat sich insbesondere in Ostdeutschland der Bevölkerungsanteil der Single-Haushalte stark erhöht.
- Der Anteil an Familienhaushalten mit mehr als einem minderjährigen Kind ist infolge der abnehmenden Kinderzahl vor allem in Ostdeutschland rückläufig.
- Der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte ist in beiden Landesteilen weiter gestiegen.
- Und der Bevölkerungsanteil der Älteren in Paar- oder Single-Haushalten hat in beiden Landesteilen ebenfalls zugenommen.

Die Haushaltsformen sind im Zuge der gesamtdeutschen Entwicklungen ähnlicher geworden, wobei die Veränderungen in Ostdeutschland stärker waren als die in West. Insbesondere der Rückgang der Kinderzahl kann dabei als eine gravierende Konsequenz des Vereinigungsprozesses und der damit verbundenen hohen Arbeitslosigkeit und Zukunftsunsicherheit angesehen werden.[8]

Ein positiver Vereinigungseffekt ist im Bereich der Wohnverhältnisse zu beobachten.[9] Bei der Woh-

4 In den auf dem SOEP beruhenden Berechnungen dieses Berichts umfasst Westdeutschland auch West-Berlin und Ostdeutschland Ost-Berlin.

5 Dazu zählen Personen, die selbst oder deren Eltern eine ausländische Staatsangehörigkeit haben oder im Ausland aufgewachsen sind.

6 Windzio, M. : Die Abwanderung Arbeitsloser von Ost- nach Westdeutschland. Zur institutionellen Bindewirkung des Wohlfahrtsstaates. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland, Campus, 2010, 287.

7 Basis der meisten in diesem Bericht vorgelegten empirischen Ergebnisse ist die Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), die nach ihrem Start in der BRD im Jahr 1984 bereits im Juni 1990 auf das Gebiet der DDR ausgeweitet wurde. Vgl. Priller, E., Schupp, J., Wagner, G. G.: Arbeitsmarktstrukturen in der DDR. DIW weitet das Sozio-oekonomische Panel auf das Gebiet der DDR aus, DIW Wochenbericht, Nr. 37/1990, und Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel" (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern. Frankfurt a. M., New York, Campus, 1991.

8 Witte, J. C.; Wagner, G. G.: Declining fertility in East Germany after unification: A demographic response to socioeconomic change. Population and Development Review, 21, 1995, 387–397.

9 Frick, J. R., Grimm, XXX. : Wohnen in Deutschland nach dem Mauerfall. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland, Campus, 2010, 653 ff.

Exkurs

Die meisten Führungspositionen in Ostdeutschland sind von Ostdeutschen besetzt

In der öffentlichen Debatte existiert oftmals der Eindruck, ostdeutsche Eliten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft seien in den vergangenen 20 Jahren nahezu komplett durch Westdeutsche ausgetauscht worden.[1] Wird eine breite Abgrenzung von Führungskräften zugrunde gelegt, ergibt sich ein anderes Bild. Zu den Führungskräften werden Selbständige und Freiberufler mit mindestens zehn Mitarbeitern gezählt, Beamte im höheren Dienst und Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben. Dazu zählen zum Beispiel Direktoren, Geschäftsführer, Vorstände größerer Betriebe und Verbände. Insgesamt fallen etwa vier Prozent der Erwerbstätigen unter diese Definition von Führungskräften, 96 Prozent der Erwerbstätigen haben somit keine Führungsaufgaben.

Unter allen Führungskräften in den alten und neuen Bundesländern machen Ostdeutsche derzeit mit 9 Prozent etwa die Hälfte ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung aus. Zu Beginn der 90er Jahre lag der Anteil der Ostdeutschen unter Führungskräften noch bei 13 Prozent. Diese anhaltende Unterrepräsentation Ostdeutscher, die sich im Laufe der Zeit leicht verstärkt, deutet in der Tat darauf hin, dass es Ostdeutsche im vereinigten Deutschland schwerer haben, in Führungspositionen aufzusteigen. Dennoch stimmt die öffentliche Wahrnehmung eines kompletten Austauschs von ost- durch westdeutsche Führungskräfte nicht mit der Realität überein: Nach wie vor sind mehr als 70 Prozent der Führungskräfte in den neuen Bundesländern Ostdeutsche (Tabelle).

Die Wanderung zwischen alten und neuen Ländern ist besonders deutlich bei Personen in Führungspositionen. In den alten Bundesländern werden derzeit etwa zwei Prozent der Führungspositionen von Ostdeutschen besetzt, in den neuen Bundesländern liegt der Anteil an Westdeutschen unter den Führungskräften bei 29 Prozent.[2]

Tabelle

Anteil von Ostdeutschen unter den Erwerbstätigen mit Führungsfunktion in Ost- und Westdeutschland

In Prozent

	West	Ost	Gesamt
1990/1994	0	99	13
1995/1999	1	84	11
2000/2004	1	75	9
2005/2009	2	71	9

1 Als Führungskräfte gelten Selbständige und Freiberufler mit mindestens 10 Mitarbeitern, Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben, Beamte im höheren Dienst.

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Weniger ostdeutsche Führungskräfte – immer mehr Wanderung zwischen West und Ost.

1 Laut einem Beitrag des ARD-Politikmagazins Monitor vom 30.09.2010 mit dem Titel „Elite made in Westdeutschland – Warum Ostdeutsche draußen bleiben" von Ralph Hötte und Achim Pollmeier wird „kein einziges DAX-Unternehmen [...] von einem Ostdeutschen geführt [...], von bundesweit 88 Hochschulrektoren sind nur drei aus Ostdeutschland [...] [und] von 213 Generalen und Admiralen in der Bundeswehr kommt [...] nur eine einzige Generalärztin aus dem Osten."

2 Zu beachten ist jedoch, dass sich aufgrund des größeren Arbeitsmarktes in den alten Bundesländern hinter den Anteilen eine vergleichsweise hohe Wanderung von ostdeutschen Führungskräften in die alten Bundesländer verbirgt.

nungsrenovierung und dem Wohnungsbau greifen Subventionen natürlich sehr gut, da sie nicht durch eine Weltmarktkonkurrenz konterkariert werden können, wie das bei Investitionen für Unternehmen der Fall sein kann. Zur Vereinigungsperiode war das Ausmaß der Wohnraumunterversorgung in Ostdeutschland noch mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (1990: Ost 15 Prozent, West 7 Prozent), inzwischen liegen die Unterversorgungsquoten in beiden Landesteilen nur mehr bei etwa drei Prozent. Damit einhergehend haben sich auch die Mietbelastungsquoten wie auch die Zufriedenheit mit der Wohnung zwischen beiden Landesteilen vollständig angeglichen.

Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West haben sich verringert

Entscheidend für die Angleichung der Lebensbedingungen im wiedervereinigten Deutschland ist ohne Zweifel die Einbindung der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung in den Arbeitsmarkt westlicher Prägung.

In Ostdeutschland liegt die Erwerbsbeteiligung aber auch die Arbeitslosigkeit über der in Westdeutschland (Tabelle 2). Bei den westdeutschen Frauen hat sich die Erwerbsbeteiligung an die ostdeutsche Quote angenähert. Die Erwerbsorientierung ist aber nach wie vor in Ostdeutschland höher. Dies lässt sich aus der höheren Arbeitslosigkeit schließen.

Der bereits in der Wendeperiode zu beobachtende strukturelle Unterschied der Erwerbsbeteiligung

Tabelle 2

Aktivitätsstatus und Erwerbseinkommen

20 bis 64 Jahre

	West			Ost		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1990 bis 1994						
Aktivitätsstatus[1]						
Erwerbspersonen	75,9	86,8	64,7	81,5	84,4	83,7
davon erwerbstätig	73,2	83,9	62,1	72,3	77,6	66,7
davon arbeitslos	2,7	2,9	2,6	9,2	6,8	11,8
In Rente	6,5	6,1	6,9	15,2	12,7	17,8
Nicht erwerbstätig	17,6	7,1	28,4	3,3	2,9	3,8
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bruttoerwerbseinkommen[2] **(nominal)**						
Erwerbseinkommen (arithm. Mittel)	1 894	2 287	1 310	1 025	1 138	882
Stundenlohn (arithm. Mittel)	12,0	13,5	9,9	5,9	6,3	5,4
Niedriglohnquoten (< 66 Prozent Median Bruttoerwerbseinkommen, gesamt)						
Erwerbseinkommen (in Prozent)	15,9	5,0	32,1	50,8	41,0	63,3
Stundenlohn (in Prozent)	8,9	4,7	15,3	58,6	53,5	65,0
2005 bis 2009						
Aktivitätsstatus[1]						
Erwerbspersonen	79,2	87	71,8	84,1	86,9	81,6
davon erwerbstätig	72,3	79,9	65	68,7	71,9	65,6
davon arbeitslos	6,9	7,1	6,8	15,4	15,0	16,0
In Rente	5,9	6,3	5,4	8,0	6,9	9,2
Nicht erwerbstätig	14,9	6,8	22,8	7,8	6,3	9,3
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bruttoerwerbseinkommen[2] **(nominal)**						
Erwerbseinkommen (arithm. Mittel)	2 482	3 129	1 751	1 907	2 128	1 656
Stundenlohn (arithm. Mittel)	15,6	17,8	13,0	11,4	11,9	10,7
Niedriglohnquoten (< 66 Prozent Median Bruttoerwerbseinkommen, gesamt)						
Erwerbseinkommen (in Prozent)	25,3	11,4	40,9	31,1	21,8	41,6
Stundenlohn (in Prozent)	16,5	10,9	22,8	33,1	27,4	39,6

1 Aktivitätsstatus – überwiegende Erwerbsform im zurückliegenden Jahr.
2 Bezogen auf die monatlichen Angaben zu den Erwerbseinkünften.

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbseinkommen nähern sich nur langsam an.

setzt sich im Kern also auch in der jüngsten Periode (2005–2009) fort.

Die Stundenlöhne von Frauen und Männern liegen in Ostdeutschland nahezu gleichauf – etwas niedriger als die der Frauen in Westdeutschland und deutlich niedriger als die der westdeutschen Männer. Die Bruttoerwerbseinkommen weisen hingegen infolge der nun auch in Ostdeutschland stärker zwischen Männern und Frauen abweichenden Erwerbszeiten Unterschiede auf; hierbei liegen die Einkommen zwischen Frauen in Ost und West näher beisammen, als die der Männer.

Die Niedriglohnquote ist im Westen stark gestiegen, im Osten hat sie deutlich abgenommen. Doch trotz dieser Annäherung sind Erwerbstätige am ostdeutschen Arbeitsmarkt noch stärker von Niedriglohn belastet.

Von niedrigen Erwerbseinkommen sind Frauen in Ost und West mit 41 Prozent gleichermaßen betroffen – weit stärker als Männer (Ost 22 Prozent; West 11 Prozent). Betrachtet man hingegen die Niedriglohnquoten auf Basis der Stundenlöhne, sind Frauen in Ost (40 Prozent) am stärksten betroffen, gefolgt von Männern in Ost (27 Prozent) – im Vergleich zu den westdeutschen Erwerbstätigen (Frauen 23 Prozent, Männer 11 Prozent). Insgesamt hat sich die ostdeutsche Erwerbsbevölkerung inzwischen in den westlich geprägten Arbeitsmarkt integriert, allerdings mit höheren Risiken bezüglich Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhnen.

Einkommensunterschiede nehmen wieder zu

Ein zentrales politisches Ziel bei der Vereinigung war die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für

Tabelle 3

Einkommensungleichheit[1] und sozialstaatliche Umverteilung (Gini)

	Haushalts-Markteinkommen[2] (im Vorjahr)	Haushalts-Nettoeinkommen[3] (im Vorjahr)	Umverteilung (im Vorjahr)[4]
Gesamt			
1992 bis 1994	0,41	0,25	38 %
1995 bis 1999	0,44	0,26	42 %
2000 bis 2004	0,46	0,27	42 %
2005 bis 2009	0,48	0,29	40 %
West			
1992 bis 1994	0,40	0,25	37 %
1995 bis 1999	0,43	0,26	39 %
2000 bis 2004	0,45	0,27	39 %
2005 bis 2009	0,47	0,29	37 %
Ost			
1992 bis 1994	0,40	0,21	48 %
1995 bis 1999	0,47	0,21	55 %
2000 bis 2004	0,51	0,22	56 %
2005 bis 2009	0,52	0,24	54 %

1 Ungleichheit gemessen am Gini-Koefizient (0 = vollständige Gleichverteilung; 1 = vollständige Ungleichverteilung).
2 Haushalts-Nettoeinkommen (im Haushalt verfügbare Einkommen nach direkten Steuern und Transfers), bedarfsgewichtet nach rev.OECD-Skala.
3 Haushalts-Markteinkommen (im Haushalt erzielte Einkommen aus Erwerb und Kapital), bedarfsgewichtet nach rev.OECD-Skala.
4 Umverteilung: Prozentuale Reduktion der Einkommensungleichheit durch sozialstaatliche Maßnahmen (Direkte Steuern und Transfers).

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Das Ausmaß der sozialstaatlichen Umverteilung ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.

die Bevölkerung in Ost und West. Der wohl wichtigste Indikator ist in diesem Zusammenhang der materielle Lebensstandard, hier gemessen an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, das so genannte Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen.[10] Das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen; diese werden herangezogen, um die Einkommen zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und altersgemäßen Bedarfen vergleichbar zu machen.

Die Höhe und Verteilung dieser Haushaltseinkommen, die die Risiken und das Ausmaß des materiellen Wohlstands in der Bevölkerung indizieren, werden nicht nur durch Löhne, Gehälter und Kapitaleinkommen, sondern auch durch Steuern, Sozialabgaben, Renten und andere Transfers bestimmt. Die Ungleichheit der in den Haushalten erzielten Markteinkommen war bereits kurz nach der Vereinigung ähnlich hoch wie in West und ist in beiden Landesteilen bis zur jüngsten Periode kontinuierlich gestiegen – in Ost sogar schneller als in West, so dass die Ungleichheit der am Markt erzielten Einkommen in Ost inzwischen die in West übersteigt (Tabelle 3).[11]

Insgesamt hat sich das relative Ausmaß an sozialstaatlicher Umverteilung[12] in Deutschland kaum verändert und verbleibt auf hohem Niveau (Tabelle 3, letzte Spalte). Während es im Westen bei 37 Prozent verharrt, stieg der Umverteilungseffekt im Osten von 48 Prozent auf 54 Prozent. Die sozial- und fiskalpolitische Umverteilung ist – entsprechend den sozialstaatlichen Zielen – in Ostdeutschland auf Grund höherer Arbeitslosigkeit und niedrigerer Einkommen höher als in Westdeutschland.

Ein Ost-West-Vergleich der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen nach Dezilen ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: (1) Die Realeinkommen in Ostdeutschland lagen in der Wendeperiode (1990–1994) noch deutlich unter denen in Westdeutschland.[13] Die Einkommensabstände zwischen unteren und oberen Einkommen sind in Ostdeutschland weit geringer als in Westdeutschland. In Westdeutschland liegen die Monatseinkommen im untersten Dezil bei 566 Euro, im obersten Dezil sind sie fünf Mal so hoch (2 785 Euro). In Ostdeutschland übersteigt das oberste Dezil (1 667 Euro) das unterste (448 Euro) nur um das Vierfache. Das bedeutet, dass die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland weit weniger ungleich verteilt waren und auch weiterhin sind. (2) In Westdeutschland liegen in der jüngsten Periode (2005–2009) die Realeinkommen der unteren fünf Einkommensdezile nahezu gleichauf wie unmittelbar nach der Wende – in den oberen Dezilen sind die Einkommen gestiegen, was zu einer gestiegenen Ungleichheit der Westeinkommen geführt hat.

In Ostdeutschland sind die realen Einkommen seit der Wendeperiode gestiegen, dies gilt insbesondere für die die höheren Einkommen, ohne aber das höhere westliche Einkommensniveau zu erreichen. Die Ungleichheit der Einkommen ist in Ostdeutschland

10 Wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen basieren im Allgemeinen auf den Einkommen, die den privaten Haushalten zur Verfügung stehen, werden aber auf der Personenebene ausgewertet. Um das Einkommen zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und altersmäßiger Zusammensetzung in ihren Bedarfen vergleichbar zu machen wird hier die von der OECD vorgeschlagene Skala genutzt. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren von 0,3.
Einen Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland auf der Basis einer anderen Einkommensgröße, dem persönlichen Bruttoeinkommen, bieten Brück und Peters im zweiten Beitrag in dieser Ausgabe.

11 Die höhere Ungleichheit der Markteinkommen in Ostdeutschland beruht vor allem darauf, dass in Ostdeutschland mehr Personen in Haushalten leben, in denen von allen Haushaltsmitgliedern keine oder nur mehr geringfügige Erwerbseinkommen erzielt werden.

12 Gemessen als prozentuale Reduktion der Einkommensungleichheit zwischen äquivalenzgewichteten Markteinkommen im Haushalt (vor Eingriff des Staates) und den äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen (nach Eingriff des Staates) anhand des Gini-Koeffizienten.

13 Goebel et al.: Datenreport 2006 und 2008. DIW Wochenbericht, Nr. 12/2009.

ebenfalls gestiegen – die Einkommen sind aber hier weiterhin wesentlich homogener verteilt als in West (vgl. auch Tabelle 4).

Der moderate Angleichungsprozess verlief keineswegs gleichförmig (Tabelle 5). Die Ost-West-Relationen dokumentieren, dass sich die Einkommen in Ostdeutschland vor allem im unteren Einkommensbereich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sehr schnell an das Westniveau angeglichen haben. Der Hauptunterschied gegenüber den Westeinkommen besteht allem voran noch in der geringeren Besetzung des oberen Einkommensbereichs.

In der jüngsten Untersuchungsperiode haben die unteren Einkommensgruppen Kaufkrafteinbußen erlitten – die ostdeutsche Bevölkerung wurde hiervon überproportional betroffen. Der Abstand der unteren Ost-Einkommen zu den entsprechenden West-Einkommen ist in dieser Periode (2005–2009) wieder gestiegen. Die mittleren und höheren Einkommen konnten in etwa ihren (weiterhin beträchtlichen) Abstand zu den höheren Westeinkommen bewahren, so dass sich die Ost-West-Relation insgesamt kaum verändert hat.

Mit Blick auf die sozialpolitisch bedeutsame Entwicklung am unteren Einkommensbereich ist der Einkommensabstand zwischen Ost und West damit nach Perioden der schnellen Angleichung inzwischen sogar wieder angewachsen. Dementsprechend findet sich ein u-förmiger Verlauf beim Armutsrisiko wieder, wie bereits mehrfach beschrieben.[14] Nach dem Rückgang im Zuge der Einkommensanpassung zu Beginn der 90er Jahre kam es bereits Ende der 90er Jahre zu einem abermaligen Auseinanderdriften der Armutsrisiken zwischen Ost und West.[15] Dieser u-förmige Verlauf betrifft insbesondere den Niedrigeinkommensbereich und die Armutsrisiken bezogen auf den 60-Prozent-Schwellenwert.

Vor allem die ostdeutschen Senioren haben Rückstand zum Westen aufholen können

Die Wiedervereinigung hat das Wohlfahrtsniveau – hier gemessen am verfügbaren Haushaltseinkommen – aller Altersgruppen tangiert – allerdings in unterschiedlicher Intensität.

Im Westen haben alle Altersgruppen von der Prosperität der zweiten Hälfte der 1980er Jahre profitiert und weisen auch in der Vereinigungsphase durchweg höhere Einkommensniveaus auf (Abbildung 1). Besonders stark haben davon die 45- bis 59-Jährigen profitiert, deren Durchschnittseinkommen sich in dieser Phase weit von dem anderer Altersgruppen abhebt – ein Muster, das sich auch in den weiteren Perioden fortsetzt. Erst in der Phase von 2005–2009 nähern sich die Einkommen dieser Kohorten wieder mehr denen der benachbarten Altersgruppen an. Das Wohlfahrtsniveau der bis zu 14-Jährigen ist ebenfalls gestiegen. Das der 15- bis 29-Jährigen stagniert bereits seit Beginn der 90er Jahre. Die Einkommen der

Tabelle 4

Durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen[1] nach Dezilen in Ost- und Westdeutschland

		1990 bis 1994		2005 bis 2009	
		West	Ost	West	Ost
Unterstes Dezil[2]	Dezil 1	566	448	559	483
	Dezil 2	798	624	793	665
	Dezil 3	939	725	944	799
	Dezil 4	1 066	802	1 072	915
	Dezil 5	1 179	884	1 197	1 019
	Dezil 6	1 299	948	1 337	1 134
	Dezil 7	1 453	1 047	1 501	1 253
	Dezil 8	1 641	1 122	1 721	1 407
	Dezil 9	1 915	1 267	2 053	1 634
Oberstes Dezil	Dezil 10	2 785	1 667	3 248	2 300
Arithmetisches Mittel		1 358	946	1 431	1 150

1 Monatliche Haushaltsnettoeinkommen, bedarfsgewichtet nach rev. OECD-Skala; in Euro, zu Preisen von 2005; arithmetische Mittelwerte.
2 Die Dezile umfassen jeweils zehn Prozent der nach der Höhe der Einkommen geordneten Bevölkerung im jeweiligen Jahr und in der jeweiligen Region.

Quelle: Krause, P., Ostner, I. (2010: 28); SOEP v26. **DIW** Berlin 2010

Die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland haben das Westniveau noch nicht erreicht.

Tabelle 5

Ost-West-Relationen der Haushaltsnettoeinkommen[1]

In Euro, zu Preisen von 2005; arithmetische Mittelwerte

		1990 bis 1994	1995 bis 1999	2000 bis 2004	2005 bis 2009
Unterstes Dezil[2]	Dezil 1	79,1	94,2	92,8	86,4
	Dezil 2	78,2	91,6	88,7	83,9
	Dezil 3	77,2	90,4	87,9	84,6
	Dezil 4	75,2	88,3	89,3	85,3
	Dezil 5	74,9	88,3	88,0	85,2
	Dezil 6	73,0	85,9	87,2	84,8
	Dezil 7	72,1	83,3	84,9	83,5
	Dezil 8	68,4	80,7	82,0	81,7
	Dezil 9	66,2	77,1	78,9	79,6
Oberstes Dezil	Dezil 10	59,9	71,8	72,7	70,8
Insgesamt		69,6	82,1	82,5	80,4

1 Monatliche Haushaltsnettoeinkommen, bedarfsgewichtet nach rev. OECD-Skala.
2 Die Dezile umfassen jeweils 10 Prozent der nach der Höhe der Einkommen geordneten Bevölkerung im jeweiligen Jahr und in der jeweiligen Region.

Quelle: Krause/Ostner (2010: 29); Datenbasis: SOEP v26. **DIW** Berlin 2010

Umgekehrt u-förmiger Verlauf im Angleichungsprozess insbesondere bei den unteren Einkommen.

14 Als arm gelten Personen, deren verfügbares Haushalts-Nettoeinkommen (bedarfsgewichtet) nicht mehr als 60 Prozent des Median-Einkommens beträgt.

15 Vgl. Grabka, M. M., Frick, J. R.: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 7/2010.

Kasten

Zum Einfluss demografischer und sozio-ökonomischer Ost-West-Unterschiede auf die Angleichung der Einkommen und Zufriedenheiten

Die deskriptiven Befunde zur Entwicklung der Einkommen und Zufriedenheiten weisen auch nach 20 Jahren noch markante Ost-West-Unterschiede auf. Wir sind der Frage nachgegangen, inwieweit diese Ost-West-Unterschiede auf soziodemografische Strukturdifferenzen zurückzuführen sind.[1]

Die Analysen werden je Periode sowohl für alle Personen, als auch getrennt nur für die jüngeren Altersgruppen durchgeführt. Der Ost-West-Unterschied bezieht sich auf die zum jeweiligen Zeitpunkt gültige regionale Zuordnung – Ost-West- und West-Ost-Wanderungen bleiben insofern unberücksichtigt.[2]

Die Einkommensdifferenzen zwischen Ost und West bleiben auch nach Kontrolle soziodemografischer und regionaler Einflüsse erhalten (Tabelle, oben). Der in der jüngsten Periode (2005–2009) zu beobachtende Wiederanstieg der Ost-West-Einkommensdifferenzen lässt sich demnach nicht auf Unterschiede der regionalen Struktur, Differenzen zwischen Stadt und Land, Verschiedenheit bei der Haushaltstypologie, unterschiedliche Arbeitsmarktbeteiligung, Arbeitslosigkeitserfahrungen und Bildungsdivergenzen reduzieren – sie bleiben in robuster Weise auch für die jüngste Erwerbs-Altersgruppe als Effekte regionaler Einkommensbeeinträchtigungen erhalten. Die neuerliche Zunahme an Ost-West-Differenzen der Haushaltseinkommen sind auch bei den Erwerbseinkommen zu beobachten.[3] Auch dieser Befund findet sich bei den Berufseinsteigern und jüngeren Erwachsenen (17 bis 29 Jahre).

Bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit bleiben die Ost-West-Effekte ebenfalls nach Kontrolle vieler Struktureffekte noch weiterhin signifikant, nehmen aber anders als bei den Einkommen im zeitlichen Verlauf systematisch ab (Tabelle, Mitte). Vor allem für die jüngeren Altersgruppen zeigen sich in der letzten Periode (2005–2009) stärkere Reduzierungen der Ost-West-Zufriedenheitsdifferenzen.

In den jüngeren Altersgruppen sind die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost und West in höherem Maße auf soziodemografische und regionale Strukturdifferenzen zurückzuführen, wogegen bei den Älteren weiterhin auch rein ostspezifische Faktoren jenseits soziodemografischer oder regionaler Stadt-Land-Unterschiede bei der Beurteilung der Lebensbedingungen wirksam sind.

Wird zudem noch das Haushaltseinkommen statistisch kontrolliert (Tabelle, unten), so sinken insgesamt die Ost-West-Zufriedenheitsdifferenzen. Die Einkommenssituation in Ost und West trägt damit wesentlich zum Abbau der Zufriedenheitsunterschiede bei der Bewertung der Lebensumstände bei. Insbesondere bei der jüngeren Altergruppe zeigt sich so im Periodenvergleich ein deutlicher Abbau der bestehenden Ost-West-Unterschiede bei der Beurteilung der Lebensumstände.

Tabelle

Koeffizienten[1] der Ost-West-Differenzen bei Haushaltseinkommen und Lebenszufriedenheit

	1990 bis 1994	1995 bis 1999	2000 bis 2005	2005 bis 2008
Haushaltseinkommen (ln)[2]				
Erweitertes Modell (mit soziodemografischen Faktoren)[3]				
Bevölkerung insgesamt	–0,27	–0,2	–0,17	–0,2
(Altersgruppe 15 bis 29)	*(–0,26)*	*(–0,16)*	*(–0,15)*	*(–0,18)*
R^2	0,315	0,303	0,329	0,375
N	70725	74533	108340	86414
Allgemeine Lebenszufriedenheit				
Erweitertes Modell (mit soziodemografischen Faktoren)[3]				
Bevölkerung insgesamt	–0,98	–0,55	–0,58	–0,5
(Altersgruppe 17 bis 29)	*(–0,89)*	*(–0,44)*	*(–0,45)*	*(–0,22)*
R^2	0,059	0,051	0,063	0,082
N	55506	61839	92875	73011
Erweitertes Modell (mit soziodemografischen Faktoren[3] + Einkommen[2])				
Bevölkerung insgesamt	–0,79	–0,4	–0,46	–0,34
(Altersgruppe 17 bis 29)	*(–0,77)*	*(–0,36)*	*(–0,39)*	*(–0,15)*
R^2	0,08	0,074	0,083	0,105
N	53454	59127	88030	69335

1 OLS-Regression, gepoolt, mit robusten Standardfehlern.
2 Haushaltsnettoeinkommen, bedarfsgewichtet nach rev. OECD-Skala, logarithmiert.
3 Geschlecht, Haushaltstyp, überwiegender Aktivitätsstatus, Erwerbsintensität im Haushalt, Arbeitslosigkeitserfahrungen, Bildungszeiten (bei Kindern bis 15 Jahren: Bildungszeit des Haushaltsvorstands), Migrationshintergrund, regionale Merkmale.

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

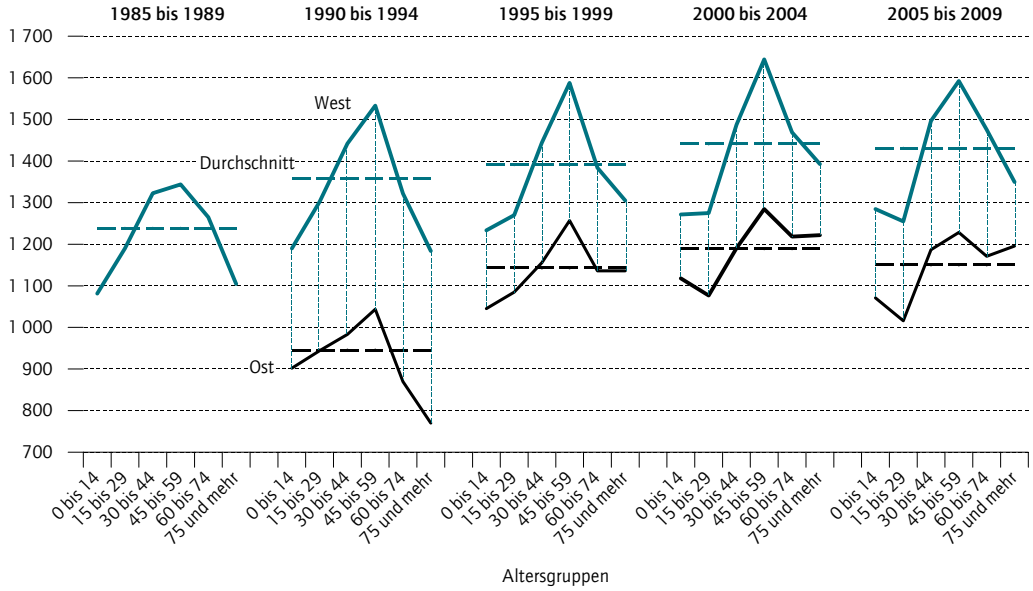
1 Die multivariate Prüfung der Ost-West-Differenzen erfolgt jeweils auf Grundlage von OLS-Regressionen (mit robusten Standardfehlern für die über jede Fünfjahresperiode gepoolten Daten).

2 Sensitivitätsanalysen haben gezeigt, dass der alternative Bezug auf historische Zuordnungen (bis 1989 BRD beziehungsweise DDR) zu vergleichbaren Ergebnissen führt und Probleme bei der Zuordnung nachwachsender Generationen bereitet. Insofern wurden hier ausschließlich die jeweils aktuellen regionalen Differenzen einbezogen.

3 Zur Validierung dieses Befundes wurden die Modelle (mit denselben Kovariaten) auch für die Erwerbseinkommen mit und ohne Personen ohne Erwerbsbezüge getestet. Siehe auch den zweiten Aufsatz in diesem Wochenbericht.

Abbildung 1

Mittlere Einkommensprofile[1] nach Altersgruppen und Perioden



1 Monatliches Haushaltsnettoeinkommen zu Preisen von 2005 in Euro, äquivalenzgewichtet nach rev. OECD-Skala.

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

In Westdeutschland stagnieren die Einkommen der 15- bis 29-Jährigen; in Ostdeutschland haben sich vor allem die Einkommen der Älteren an das Westniveau angenähert.

60- bis 74-Jährigen sind nach einem relativen Absinken zu Beginn der 90er Jahre inzwischen wiederum überdurchschnittlich. Die Einkommen der Senioren ab 75 Jahren liegen erwartungsgemäß zu allen Perioden unterhalb des nationalen Durchschnitts, sind aber real insgesamt deutlich gestiegen.

In Ostdeutschland sind die Einkommen zu allen Perioden insgesamt weniger ungleich verteilt als im Westen – entsprechend sind auch die absoluten Unterschiede zwischen den Altersgruppen etwas geringer. Allerdings offenbaren gerade die altersspezifischen Durchschnittseinkommen die erheblichen Änderungen, die nach der Wende in Ostdeutschland erfolgt sind. Unmittelbar nach der Vereinigung lag das Wohlfahrtsniveau der Kinder (bis 14 Jahre) noch knapp unter dem ostdeutschen Mittelwert – trotz absoluter Steigerung fallen sie aber im Vergleich zum ostdeutschen Mittelwert zurück.

Noch gravierender ist diese Entwicklung bei den jungen Erwachsenen (15 bis 29 Jahre): Diese hatten unmittelbar nach der Vereinigung noch durchschnittliche Osteinkommen, sanken dann zunächst relativ – gemessen an den ostdeutschen Durchschnittseinkommen – zuletzt aber auch absolut immer weiter ab. In der jüngsten Periode verfügen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ostdeutschland über die niedrigsten Einkommen unter allen Altersgruppen.

Die Erwachsenen weisen erwartungsgemäß zu allen Perioden die höchsten Einkommen auf, wobei sich diese weit weniger als im Westen von denen der anderen Altersgruppen abheben.

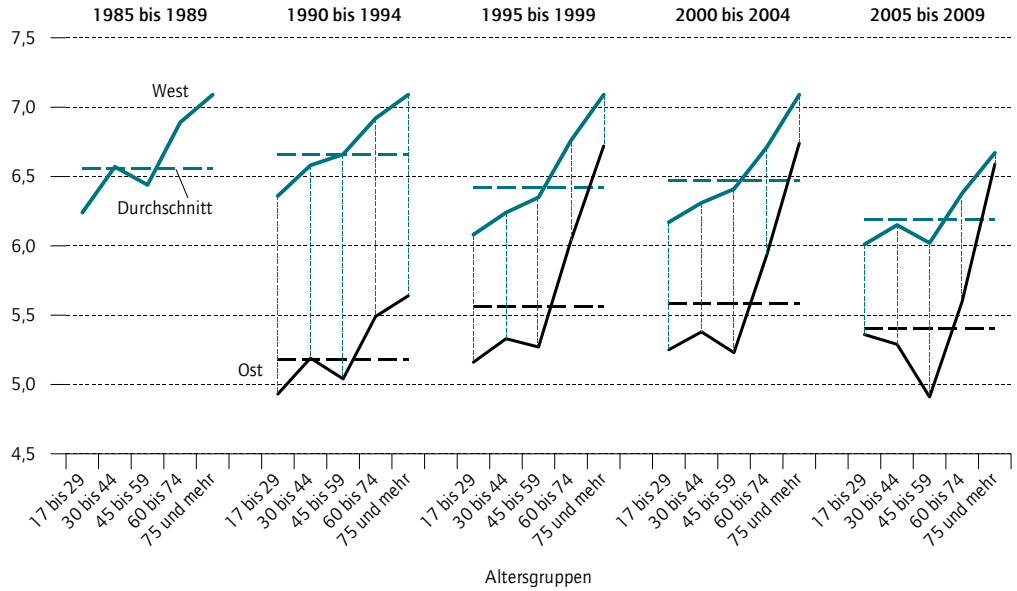
Die Einkommen von Älteren beim Übergang in den Ruhestand waren in Ostdeutschland nach der Vereinigung zunächst noch auf einem absolut sehr niedrigen Niveau, das lediglich noch von den Senioren selbst unterschritten wurde. Mit Übertragung der westlichen Sozialversicherungsregeln änderte sich das Einkommensniveau der Älteren schlagartig: Deren Einkommen schlossen schnell zu den mittleren Einkommen in Ostdeutschland auf und liegen seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre über dem ostdeutschen Durchschnitt.

Vergleicht man die durchschnittlichen Einkommen in Ost und West im Zeitverlauf, wird deutlich, dass sich die Abstände zunächst deutlich verringert und in der letzten Periode aber wieder erhöht haben. Einen anderen Verlauf zeigen lediglich die Senioren in Ostdeutschland, deren Einkommen sich dem westlichen Niveau klar angenähert haben. Die Rückgänge der Einkommen bei dieser Altersgruppe in der jüngsten Periode deuten aber bereits darauf hin, dass sich dieser Effekt nicht in der Zukunft fortsetzen wird.[16]

16 Vgl. Wagner, G. G., a.a.O.

Abbildung 2

Einkommenszufriedenheit[1] nach Altersgruppen und Perioden



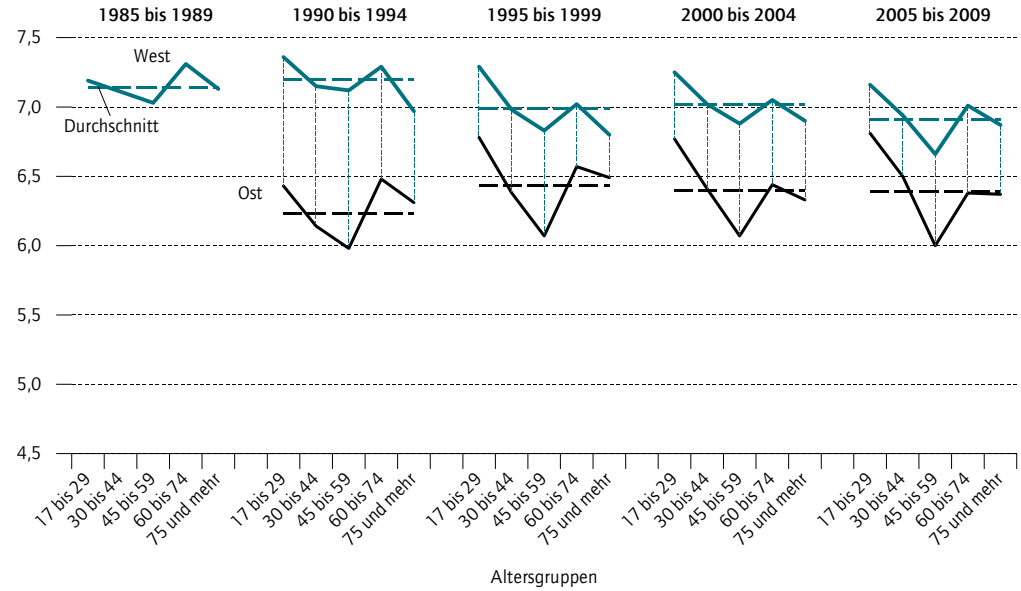
1 Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen: 0 = ganz und gar unzufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden.

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Die Einkommenszufriedenheit steigt mit zunehmendem Alter an; vor allem in Ostdeutschland zeigen sich verstärkt Zufriedenheitseinbußen im Erwerbsalter.

Abbildung 3

Allgemeine Lebenszufriedenheit[1] nach Altersgruppen und Perioden



1 Allgemeine Lebenszufriedenheit: 0 = ganz und gar unzufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden.

Quelle: SOEP v26; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Die Lebenszufriedenheit ist im Erwerbsalter am niedrigsten – dies hat sich in Ostdeutschland noch verstärkt.

Zufriedenheit hängt vom Alter ab – Niveaus in Ost und West nähern sich an

Die Einkommenszufriedenheit hat einen direkten Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit und damit haben mittelbar auch Einkommensdifferenzen zwischen Ost und West Einfluss auf die allgemeine Bewertung aller Lebensumstände.

Bei den Altersprofilen zur direkten Bewertung der Einkommensentwicklung (Abbildung 2) treten die generationenübergreifenden Zufriedenheitsdifferenzen besonders stark hervor. Jugendliche und junge Erwachsene (17 bis 29 Jahre) bewerten ihr Einkommen zumeist niedrig, Ältere und insbesondere Senioren (ab 75 Jahren) weisen in jeder Periode seit der deutschen Vereinigung überdurchschnittliche Einkommenszufriedenheiten aus. Die Einkommensbewertungen der mittleren Altersgruppen reflektieren die zu den jeweiligen Perioden bestehenden wirtschaftlichen Krisen – mit deutlichen negativen Ausschlägen in der jüngsten Periode.

Dies tritt besonders bei der Bewertung der Einkommen in Ostdeutschland hervor: die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Jüngeren und Älteren sind hier nach der Vereinigung gestiegen. In der letzten Periode (2005–2009) sind die Einkommensbewertungen der mittleren Generation in Ostdeutschland (45 bis 59 Jahre) besonders stark gesunken; hierbei spielen sicherlich auch die Phasen der Arbeitslosigkeit vor dem Übergang in den Ruhestand eine Rolle. Diese subjektiven Bewertungen der mittleren Generation stehen in Kontrast zur derzeitigen Seniorenkohorte in Ostdeutschland, die noch von der Anrechnung der langen Erwerbszeiten aus DDR-Zeiten profitiert und sich hinsichtlich ihrer Einkommensbewertung nicht mehr von der entsprechenden westdeutschen Altersgruppe unterscheidet.

Neben der Einkommenszufriedenheit spielen weitere Faktoren eine Rolle für die allgemeine Lebenszufriedenheit.[17] In Ostdeutschland war die allgemeine Lebenszufriedenheit in Folge der abrupten Veränderung der Lebensbedingungen unmittelbar vor der Vereinigung zunächst recht hoch (Abbildung 3). Dann, unmittelbar mit dem Vereinigungs-Schock, sehr niedrig. Dem folgte zwar im weiteren Verlauf der 1990er Jahre eine deutliche Besserung, ohne jedoch das höhere Zufriedenheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen. Nach dem Millenniumswechsel sind die Zufriedenheitswerte in der ostdeutschen Bevölkerung ebenso wie im Westen gesunken.

Differenziert nach Altersgruppen ergeben sich in jeder Periode von Beginn bis zum Ende der Erwerbsphase u-förmige Muster, mit niedrigen Werten zur Zeit des aktiven Erwerbslebens. In der letzten Periode (2005–2009), die durch wirtschaftliche Stagnation und konkreten Realeinkommenseinbußen gekennzeichnet ist, hat die Zufriedenheit der Bevölkerung im Erwerbsalter stark abgenommen. Im Altersverlauf sinkt in allen Perioden für Senioren ab 75 Jahren die Lebenszufriedenheit ab – freilich nicht getrieben durch Einkommenseinbußen, sondern eher durch zunehmende gesundheitliche Einschränkungen.

In Ostdeutschland sind die Zufriedenheitsunterschiede im Altersverlauf stärker ausgeprägt. Jüngere zeigen im Periodenvergleich die deutliche Annäherung an das Westniveau (siehe Kasten). Die ältesten Jahrgänge fallen relativ zum ostdeutschen Mittelwert trotz der derzeit (noch) günstigen Einkommensbedingungen zurück. Der Rückgang der Lebenszufriedenheit im Erwerbsalter fällt hier stärker aus als im Westen.

Fazit

Die Entwicklung der Einkommensniveaus, ihre Verteilung und ihre Dynamik bieten grundlegende Informationen über den Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland. Nach dem Millenniumswechsel zeigen sich in der jüngsten Periode im mittleren und unteren Einkommensbereich stagnierende beziehungsweise sogar rückläufige Einkommensentwicklungen, von denen die ostdeutsche Bevölkerung überproportional erfasst wurde. Die höheren Einkommen konnten hingegen für die meisten Haushalte ihre Kaufkraft behaupten – hier sind Ostdeutsche allerdings weniger vertreten.

Die Ursachen für die weiterhin bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland können auch durch sozialstrukturelle Merkmale und regionale Unterschiede nicht vollständig erklärt werden. Offenkundig bestehen Ost-West-gebundene ökonomische Benachteiligungen weiter fort, die außerhalb des Erklärungsbereichs soziodemografischer Einflussfaktoren liegen.[18]

Die Zufriedenheiten mit dem Leben insgesamt sowie die Zufriedenheit mit den verfügbaren Einkommen

17 Vgl. Goebel et al.: Ost-West-angleichung von Einkommen und Lebenszufriedenheit im Lebenszyklus. In: Krause, , P., Ostner, I.: a.a.O., 2010, 463 ff. Die Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland zeigt auch, dass die psychologische SetPoint-Theorie einer für jedes Individuum langfristig stabilen Lebenszufriedenheit nicht stimmt (vgl. Headey, B. et al.: Long-running German panel survey shows that personal and economic choices, not just genes, matter for happiness. In: PNAS Early Edition 2010). In Ostdeutschland gab es nach der Vereinigung gerade bei Älteren dauerhafte negative Veränderungen.

18 Selbst wenn man – wie neuere Studien nahelegen – von einem weiterhin bestehenden Kaufkraftvorteil in Ostdeutschland von circa 8 Prozent ausgeht, bleiben noch signifikante Einkommensdifferenzen erhalten (Goebel et al., DIW Wochenbericht, Nr. 12/2009).

sind im Zuge der wirtschaftlichen Krisen in beiden Landesteilen gesunken, die Unterschiede zwischen Ost und West haben sich jedoch trotz überproportionaler Einkommensrückgänge in Ostdeutschland zuletzt nicht mehr weiter vergrößert. Der einzige private Lebensbereich, in dem Ostdeutschland objektiv und subjektiv aufgeschlossen hat, ist die Wohnungsversorgung; nicht zuletzt dank massiver Subventionsprogramme. Die Ost-West-Unterschiede in der allgemeinen Lebenszufriedenheit sind zwar gesunken, sie sind aber nach wie vor statistisch signifikant und lassen sich nur zum geringen Teil auf soziodemografische oder regionale Strukturunterschiede zurückführen. Selbst nach Berücksichtigung der Einkommensdifferenzen bleiben diese erhalten. Die Ursachen dieser fortbestehenden Bewertungsunterschiede sind auf weiterhin bestehende Einstellungsdifferenzen vor allem bei den Älteren zurückzuführen. Einen Einfluss hat dabei sicherlich auch die verbreitete Wahrnehmung, Ostdeutsche würden an den gesellschaftlichen Rand des wiedervereinigten Deutschland gedrängt.

Im Periodenvergleich wird deutlich, dass sich in West wie Ost gerade die jüngere Altersgruppe der Berufseinsteiger immer schlechteren Einkommensbedingungen gegenübersehen – die mittleren Einkommen liegen hier in beiden Landesteilen inzwischen deutlich unterhalb der anderen Altersgruppen. Diese Tendenz kann im Kohortenvergleich nicht mehr auf frühere Auszüge aus dem Elternhaus oder verlängerte Ausbildungszeiten zurückgeführt werden, sondern steht auch im Zusammenhang mit dem starken Rückgang an Normalarbeitsverhältnissen. Für die Menschen in Ostdeutschland fällt dieser Prozess insofern noch gravierender aus, als diese zum einen häufiger über niedrigere Einkommen verfügen. Zum anderen haben sich nach der Wende auch die relativen altersgruppenspezifischen Einkommenspositionen grundlegend gewandelt: die Einkommenspositionen der jüngeren Altersgruppen sind gesunken und die der Älteren haben sich erhöht.

Für die jüngeren Altersgruppen sind inzwischen die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Ost und West bereits in höherem Maße als bei Älteren auf soziodemografische und regionale Strukturdifferenzen zurückzuführen, aber kaum noch auf Ost-West-Unterschiede. Die bestehenden Einkommensdisparitäten, die Differenzen bei Erwerbsbeteiligung und Haushaltskonstellationen sowie die stärkere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwischen Ost und West sind für die Jüngeren die maßgeblichen Ursachen für die Zufriedenheitsunterschiede.

Mit dem Nachrücken der nach der Vereinigung Geborenen ins Erwachsenenalter werden pauschale Ost-West-Unterschiede verschwinden, denn die gegenwärtig Erwerbstätigen haben bereits den überwiegenden Teil ihrer Erwerbskarriere im wiedervereinigten Deutschland verbracht. Insgesamt werden Benachteiligungen zunehmend lokal und regional konzentriert sein. Sowohl in West- wie in Ostdeutschland wird es „Wohlstandsinseln“ geben.

JEL Classification:
D31, I31, O15

Keywords:
German unification, Quality of life, SOEP

Wochenbericht Nr. 44/2010 vom 4. November 2010

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion
Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat
Alexander Eickelpasch
Dr. Jan Goebel

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.